

Gesundheit braucht Politik

verein
demokratischer
ärztinnen und
ärzte



Zeitschrift für eine soziale Medizin

Nr. 1/2020 | Solibeitrag: 5 Euro

Gesundheit und Krankheit in Zeiten der Abschottung



Inhalt

- 3 Editorial
- 4 Vera Bergmeyer: Medizinische Versorgung von Geflüchteten in Deutschland
- 7 Ernst Girth: Zwischen Ethik und Staatsgewalt. Die Rolle der Ärzt*innen im Abschiebeprozess
- 10 Das System macht krank. Interview mit Jane Wanjiru von Women in Exile
- 12 Stephanie Kirchner: Ankerzentren machen krank. Warum *Ärzte der Welt* ihr Projekt zur psychischen Versorgung von Flüchtlingen abgebrochen hat
- 14 Pressemitteilung: Menschen schützen – nicht Grenzen! vdää fordert Kehrtwende in der Asylpolitik
- I-IV Handreichung
- 15 vdää-Regionalgruppe Hamburg: Abschiebung kranker Menschen
- 17 FIAN stellt sich vor: Einsatz für das Recht auf Nahrung
- 18 Carola Wlodarski-Şimşek und Olga Ungurs: Der Anonyme Krankenschein. Das Praxisbeispiel Thüringen
- 20 Pressemitteilung: Grotteske Fehlleistung. Gesundheitsminister setzt Pflegepersonaluntergrenzen wegen Corona außer Kraft
- 21 Appell vom 20. März 2020: Menschen und ihre Rechte schützen!
- 22 Permanent Peoples Tribunal
- 23 Charlotte Linke: Andauernder Ausnahmezustand. Gesundheitsversorgung Geflüchteter auf Lesbos
- 26 Felix Ahls, Thomas Kunkel, Nadja Rakowitz, Bernhard Winter: Wehret den Anfängen. Zum Umgang mit antisemitischen Kommentaren im Deutschen Ärzteblatt
- 27 Das Medinetz Tübingen e.V. stellt sich vor

Liebe vdää-Mitglieder,

dem Heft 4 unserer Zeitschrift legen wir seit einigen Jahren die Vereinsnachrichten mit Rechenschaftsbericht, Protokoll der Mitgliederversammlung und Bilanzen bei (eine kodierte A5-Broschüre). Das war auch 2019 so geplant, aber nur eines der beiden Pakete mit den kodierten Beilagen war beim Versender angekommen. Bislang haben also ca. die Hälfte der Mitglieder die Vereinsnachrichten bekommen. Deshalb haben wir sie nun bei der anderen Hälfte beigelegt. Sollten Sie dennoch beide Hefte ohne die Beilage bekommen haben, melden Sie sich gerne bei der Geschäftsstelle und wir schicken sie Ihnen als pdf-Datei oder als Papier-Kopie.

Wir bitten noch mal um Entschuldigung

Nadja Rakowitz

Termine

- 17./18.06.2020 **Gesundheitsministerkonferenz** in Berlin
- 06.-08.11.2020 **Jahreshauptversammlung** und Gesundheitspolitisches Forum des vdää in Berlin

Der vdää

ist bundesweit organisiert; er setzt sich für eine soziale Medizin, für die Demokratisierung der Gesundheitsversorgung und der Strukturen der ärztlichen Standesvertretung ein. Er nimmt Einfluss auf die Gesundheitspolitik und unterstützt den Widerstand gegen die Ökonomisierung der Medizin.

Sollten Sie von uns informiert werden wollen, so setzen Sie sich bitte mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung. Gerne können Sie sich auch online über den vdää-Newsletter auf dem Laufenden halten. Die Zeitschrift »Gesundheit braucht Politik« ist die Vereinszeitung, die viermal jährlich erscheint. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Vereinsmeinung wieder.

Redaktion

Felix Ahls, Jonas Schaffrath, Elena Beier, Thomas Kunkel, Mareike Ledigen, Eva Pelz, Nadja Rakowitz, Andrea Schmidt, Ben Wachtler, Bernhard Winter

Impressum

Gesundheit braucht Politik 1/2020
ISSN 2194-0258
Hrsg. vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
V.i.S.d.P. Thomas Kunkel / Bernhard Winter

Bilder dieser Ausgabe

Die Bilder sind aus: »Der kälteste Sommer. Drei wahre Fluchtgeschichten als Comic«, hg. von der Rosa Luxemburg Stiftung Athen, Mai 2016 – Wir bedanken uns bei der RLS, dass wir die Bilder nutzen durften.

Geschäftsstelle:

Kantstraße 10, 63477 Maintal
Telefon 0 61 81 – 43 23 48
Mobil 01 72 – 1 85 80 23
Email info@vdaee.de
Internet <https://www.vdaee.de/>
<https://gpb.vdaee.de/>

Bankverbindung:
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97500100600013747603
BIC: PBNKDEFFXXX

Satz/Layout Birgit Letsch
Druck Hoehl-Druck

Editorial

Schon bevor das Thema Flucht durch die Eskalation an der griechisch-türkischen Grenze und auf den griechischen Inseln mit all seinem Schrecken wieder in die mediale Öffentlichkeit trat, hatten wir diese Ausgabe über die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten geplant. Und auch bevor sich das Infektionsgeschehen mit SARS-CoV-2 zu einer Pandemie entwickelt hatte und das gesellschaftliche Leben überschattet und durchdrungen hat. Umso wichtiger, dass diese Ausgabe sich Themen widmet, die dadurch noch effektiver verdrängt werden.

Die massive direkte Gewalt durch europäisches Militär und Polizei, die von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als »europäisches Schutzschild« gelobt wurde, hat noch mal vor Augen geführt, was seit Jahren den Umgang der deutschen und europäischen Regierungen mit flüchtenden Menschen ausmacht: Abschottung um jeden Preis. In unserer hier abgedruckten Pressemitteilung vom 10. März fordern wir eine grundlegende Umkehr und das Ende dieser Abschottungspolitik, die täglich Tote, Verletzte und unerträgliches Leid verursacht. Wir veröffentlichen hier außerdem einen gemeinsamen Appell der *Medinetze/Medibüros*, der *Landesflüchtlingsräte* und *We'll Come United*, mit dringend umzusetzenden Forderungen in Bezug auf die epidemische Situation in Deutschland.

Auf dem Nährboden des wachsenden Rassismus, der Islamfeindlichkeit und des Nationalismus wurde die Abschottung auch im Inneren der Bundesrepublik weiter vorangetrieben. Wir wollen diese mit der vorliegenden Ausgabe auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung darstellen und mit einer Handreichung in der Mitte des Heftes praktische Hinweise geben zum Verfassen ärztlicher Berichte für geflüchtete Patient*innen.

Vera Bergmeyer beschreibt, wie die Gesundheitsversorgung für geflüchtete Menschen in Deutschland organisiert ist. Es wird deutlich, auf welchen rechtlichen Grundlagen das Sondersystem für Asylsuchende und Geduldete basiert und wie Menschen ohne Aufenthaltsstatus von medizinischer Versorgung abgeschnitten werden. Carola Wlodarski-Şimşek und Olga Ungurs stellen das Projekt für einen Anonymen Krankenschein in Thüringen und das Medinetz Tübingen stellt sich selbst vor. Jane Wanjiru von *Women in Exile* äußert sich im Interview mit GbP zur unzureichenden Gesundheitsversorgung insbesondere geflüchteter Frauen, beschreibt ihren Kampf gegen die Lagerunterbringung und den rassistischen Status quo. Die Zustände in den bayrischen Lagern für Asylsuchende, den sogenannten ANKER-Zentren, sind seit Langem Anlass für Kritik von Menschenrechtsaktivist*innen. Die Lage der Menschen dort ist so unwürdig, dass sich *Ärzte der Welt* 2019 unter Protest von dort zurückgezogen hat, wie Stephanie Kirchner berichtet. Einen Überblick über die Lage auf Lesbos gibt Charlotte Linke, die mehrfach als Ärztin dort in der Unterstützung Geflüchteter tätig war. Die Hamburger Regionalgruppe des vdää kritisiert in ihrem Beitrag Abschiebungen kranker Menschen und Ernst Girth widmet sich dem problematischen Konflikt zwischen der ärztlichen Beteiligung daran und der Berufsordnung und -ethik.

Nicht nur die faschistische AfD, sondern auch CDU, CSU und SPD haben mit ihren Gesetzen und ihrer Stimmungsmache dazu beigetragen, dass die latent vorhandenen rassistischen,

homo- und transfeindlichen und antisemitischen Ressentiments nun lauter und klarer artikuliert werden. Diesen Worten folgen nun vermehrt Taten, die über das Maß hinausgehen, an welches sich die deutsche Gesellschaft schon gewöhnt hatte. Diese reichen von scheinbar harmlosen aber vor allem für die Betroffenen eindeutigen Gesten und Sätzen, Benachteiligungen (z.B. bei Bildung, Arbeit, Wohnungssuche), herabwürdigenden Aussagen, Beschimpfungen (u.a. gegen Menschenrechtsaktivist*innen und Politiker*innen) sowie Ausgrenzungen bis hin zu gewalttätigen Angriffen und Mord.

Der Rechtsruck der Gesellschaft ist nicht nur Ursache, sondern auch eine Folge der Abschottungspolitik der Regierungsparteien. Wer Menschen durch Gesetze und Worte ausgrenzt und zu Fremden macht, gibt sie zum Abschuss frei. Das klingt hart. Nationalistisch und rassistisch als »Andere« markierte Menschen, Schutzsuchende und Menschen mit einem anderen Glauben als dem christlichen spüren das in Deutschland aber sehr real am eigenen Leib. Nach den Morden im Februar in Hanau sagte Seda Başay-Yıldız, Nebenklageanwältin im NSU-Prozess¹: »Mein Sohn soll nicht umsonst gestorben sein, sagt die Mutter von Ferhat Unvar, der in Hanau ermordet wurde. Leider wird es so sein. Er ist umsonst gestorben. Genau wie alle anderen. Sie, ihr Sohn und alle anderen gehören nicht zu Deutschland, wie Bundesinnenminister Seehofer vor zwei Jahren verkündete. Die Migration sei die Mutter aller Probleme und der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Von einer »Zäsur« wird nur gesprochen, wenn Biodeutsche getötet werden. Nicht die Höckes und Konsorten sind unser Problem. Wer als Innenminister einer wohlgerückt christlichen Partei, der für die innere Sicherheit in diesem Land und damit für die Sicherheit aller Bürger in diesem Land verantwortlich ist, so etwas sagt, braucht sich nicht zu wundern, wenn andere den Abzug drücken.«

Die zerstörerischen rechten Tendenzen sind weder natürlicher Bestandteil jeder Gesellschaft noch durch reine Appellpolitik zu bekämpfen. Die neoliberale Politik sowohl der CDU/CSU, FDP, SPD als auch der Grünen hat jahrzehntelang Institutionen der solidarischen Daseinsvorsorge und den Sozialstaat ausgehöhlt. Das dadurch entstandene Primat des Ökonomischen, der Konkurrenz und des Individualismus hat mit zum Rechtsruck beigetragen, wird aber aktuell mancherorts durch die Ausnahmesituation der SARS-CoV-2-Pandemie in Frage gestellt, was eine Chance darstellen könnte. Der zaghafte Hoffnung auf ein gesellschaftliches Zusammenwachsen und der Orientierung an menschlichen statt ökonomischen Bedürfnissen steht aber die voranschreitende nationalistische Spaltung und weiterhin die scheinbare Alternativlosigkeit gegenüber. Die wohl in den nächsten Monaten und Jahren bevorstehende Wirtschaftskrise und Verarmung weiterer Gesellschaftsschichten könnte sowohl eine politische, emanzipatorische Kraft entwickeln als auch Abschottung, Autoritarismus und Entsolidarisierung weiter vorantreiben. Weder Neoliberalismus noch Rassismus sind in Stein gemeißelte gesellschaftliche Verhältnisse und wenn, dann arbeiten wir halt daran, den Stein aus dem Weg zu räumen.

Felix Ahls (Ko-Vorsitzender)

1 <https://taz.de/Protokolle-nach-Hanau/!5666868/>, 27.02.2020



Liebe LeserInnen und Leser von
Gesundheit braucht Politik,

wenn Sie ***Gesundheit braucht Politik*** gerne vollständig lesen wollen

- und **nicht Mitglied des vdää** sind, dann abonnieren Sie gerne die Zeitschrift (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von 26 Euro, Studierende zum Preis von 10 Euro.
- Als **Mitglied des vdää** bekommen Sie die Papierfassung der Zeitschrift immer per Post und auf Anfrage schickt Ihnen die Geschäftsstelle auch die vollständige pdf-Datei per Mail.
- Wenn Sie es zunächst mit einem Probeabo versuchen wollen (2 Ausgaben à 10 Euro), dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

Mehr Informationen in der Geschäftsstelle des vdää:

Tel: 06181 – 432 348

info@vdaeae.de